

Antrag
des
Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses

über die Vorlage der Landesregierung betreffend Sicherheitszentrum St. Pölten – Abschluss der Organisations- und Finanzierungsvereinbarung als Grundlage zur Erstellung eines Mietangebots des Landes NÖ an die Republik Österreich über das Polizeisicherheitszentrum St. Pölten

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der Abschluss der Organisations- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Land Niederösterreich, Republik Österreich und Stadt St. Pölten als Grundlage zur Erstellung eines Mietangebots des Landes NÖ an die Republik Österreich über das Polizeisicherheitszentrum St. Pölten (samt Abschluss Mietvertrag) wird genehmigt.
2. Der Ankauf der notwendigen Grundstücke / Teilflächen von der Stadt St. Pölten zur Umsetzung des Sicherheitszentrums St. Pölten wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieser Beschlüsse erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Dammerer
Berichterstatlerin

Kaufmann, MAS
Obmann